Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Rhein-Kreis Neuss
Der Landrat

IHK Mittlerer Niederrhein | Postfach 10 10 62 | 47710 Krefeld

Herrn
Sigmar Gabriel
Bundesminister für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

Ihr Ansprechpartner
Dr. Dieter Porschen
E-Mail
porschen@krefeld.ihk.de
Telefon
02151 635-301
Telefax
02151 635-330
Datum
28. November 2014

Klimaschutzaktionsprogramm des Bundes

Sehr geehrter Herr Minister Gabriel,

Sie planen, die Stromerzeuger auf zusätzliche CO2-Einsparungen in Höhe von 22 Millionen Tonnen bis 2020 zu verpflichten. Die Kraftwirtschaft soll damit einen Sonderbeitrag leisten, um die von der Bundesregierung angestrebte CO2-Reduktion um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 doch noch zu erreichen. Diese Maßnahme ist nach unserem Dafürhalten klimapolitisch nicht nur sinnlos, sondern sie würde vor allem die nordrhein-westfälische Wirtschaft treffen. Darüber hinaus ist festzuhalten, dass das 40-Prozent-Ziel unter der Prämisse einer Laufzeitverlängerung der CO2-freien Kernkraftwerke beschlossen wurde.

Vor dem Hintergrund des europäischen CO2-Emissionshandels wird die Maßnahme keine Auswirkungen auf die Treibhausgasemissionen entfalten. Eine Verringerung der CO2-Emissionen bei deutschen Stromerzeugern führt aufgrund der fixierten CO2-Gesamtmenge automatisch zu einer entsprechenden Emissionsausdehnung an anderer Stelle. Auch wenn der Anteil deutscher Emissionen zurückgehen mag, wird für das Klima insgesamt deshalb nichts erreicht.

Trotzdem wird die Maßnahme zu Belastungen führen, die vor allem Nordrhein-Westfalen treffen. Direkt tangiert sind Stromerzeuger in NRW, die mit ihren Kraftwerken die Versorgungssicherheit garantieren, die die Energiewende überhaupt erst möglich macht. Obwohl sie durch den eingeleiteten Wandel schon genug unter Druck stehen, wird die von Ihnen geplante Maßnahme gerade hiesige Erzeuger überproportional belasten. Aufgrund der natürlichen Rohstoffvorkommen ist der nordrhein-westfälische Kraftwerkspark vorwiegend Stein- und Braunkohle basiert und damit CO2-intensiv.

Zusätzliche Einsparziele würden also vor allem die nordrhein-westfälischen Erzeuger treffen und ihnen einen zusätzlichen komparativen Wettbewerbsnachteil bescheren – mit allen Folgen, die das für Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit hätte. Zugleich würden die Bedingungen für Gaskraftwerke, die einen Erzeugungsschwerpunkt in Süddeutschland haben, deutlich verbessert.

Die indirekten Auswirkungen betreffen den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Eine Verdrängung von Braun- und Steinkohlekraftwerken wird zu Strompreissteigerungen führen. Der Börsenpreis wird durch das letzte Kraftwerk bestimmt, das notwendig ist, die Nachfrage zu decken. Die Einsatzreihenfolge der Kraftwerke richtet sich nach den Erzeugungskosten, wobei die teuersten Kraftwerke zuletzt zugeschaltet werden. Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke produzieren vergleichsweise günstig. Werden sie aufgrund der von Ihnen geplanten administrativen Maßnahmen aus dem Markt genommen, kommen immer öfter teure Gaskraftwerke zum Einsatz und setzen den Börsenpreis. Dies führt tendenziell zu höheren Strompreisen.

Ein Gutachten des BDI kommt zu dem Schluss, dass die direkten und indirekten Effekte bundesweit zu einem Verlust von 74.000 Arbeitsplätzen und für die Dekade nach 2020 zu einem Wertschöpfungsverlust von mehr als 70 Milliarden Euro führen werden. Auch hiervon ist vor allem Nordrhein-Westfalen betroffen, weil es historisch bedingt eine vergleichsweise energieintensive Industriestruktur hat. Wir sind u.a. Zentrum der Aluminium-, der Papier- und der chemischen Industrie sowie des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung.

Mit der nordrhein-westfälischen Industrie würden Sie allerdings genau jene belasten, die eine Vorreiterrolle in Sachen Klimaschutz und Energieeffizienz einnehmen: Zwischen 1990 und 2011 wurden die Treibhausgasemissionen für Industrieprozesse in NRW überproportional um über 42 Prozent gesenkt – im Bundesschnitt waren es nur knapp 28 Prozent.

Mit diesem Erfolg waren genug Anstrengungen verbunden. Statt Sektoren zu belasten, bei denen die günstig zu erschließenden Potentiale bereits ausgeschöpft sind, sollte die Politik sich auf Bereiche konzentrieren, in denen noch große Reserven schlummern.
Dies könnte über Förderprogramme oder steuerliche Anreize im Gebäudesektor geschehen. Wir bitten aber von weiteren Belastungen, die vorwiegend den Industriestandort NRW treffen, abzusehen. Die Unternehmen hier sind auf eine sichere und preisgünstige Energieversorgung angewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat Rhein-Kreis Neuss

Dr. Dieter Porschen
Hauptgeschäftsführer der IHK Mittlerer Niederrhein